

# **Veränderungsnachweis der LINKEN zum Doppelhaushalt 2013/14: Begründung der Rücknahme von Kürzungen und der Schwer- punktsetzungen**

## **Die Lage der kommunalen Haushalte ist schwierig**

Durch Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene wurden die Kommunen extrem belastet. Die Politik der Bundesregierungen, ob rot-grün, schwarz-rot oder schwarz-gelb, hat bei den Kommunen zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe geführt. Gleichzeitig wurden den Kommunen weitere Aufgaben übertragen, meist ohne entsprechende Gegenfinanzierung.

Diese extern verursachte Finanzierungslücke kann eine Kommune nicht mit ihren eigenen Mitteln ausgleichen. Ihre Möglichkeiten, die Höhe der eigenen Einnahmen und Ausgaben zu steuern, sind durch die Vorgaben der Bundes- und der Landesebene sehr begrenzt.

Diese Einschätzung wird durch das komplette Scheitern der vier großen Ratsfraktionen im Hinblick auf den Haushalt bestätigt. Das vor einem halben Jahr vollmundig angekündigte „Effizienzteam“ hat nicht einen Vorschlag in Bezug auf die Verbesserung der Haushaltslage vorgebracht, die Existenz dieses Teams wird von den Beteiligten seit geraumer Zeit nicht mehr erwähnt.

Dieses Scheitern muss nicht überraschen: Der Doppelhaushalt 2013/14 ist nicht der erste Kürzungshaushalt der Stadt Köln. Stellenstreichungen in der Verwaltung führen zu Überlastungen und einem hohen Krankenstand, pauschale Kürzungen zum Haushalt 2010/11 von 8 %, teilweise sogar von 12,5 %, und der Nichtausgleich von Tarifsteigerungen für freie Träger seit 2009 haben bei diesen bereits vor den geplanten neuerlichen Kürzungen große Löcher gerissen. Stadtverwaltung und Freie Trägerlandschaft sind so ausgequetscht, dass auch der Zusammenschluss der großen Ratsfraktionen keinen Tropfen mehr herausholen kann.

Eine deutliche Entlastung der kommunalen Haushalte und auch des Kölner Haushaltes ließe sich mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer erreichen. Es ist zu wünschen, dass die Initiative der Gewerkschaften und der Antrag der LINKEN eine breite Mehrheit unter den Ratsfraktionen finden werden.

## **Kürzungen verschlechtern das Leben der Kölnerinnen und Kölner**

Die Stadtspitze schlägt in ihrem Entwurf für den Haushalt 2013/14 eine Vielzahl von deutlichen Kürzungen und teilweise sogar kompletten Streichungen in den Bereichen Soziales, Senioren, Bildung, Jugend und Sport vor.

Diese Kürzungen würden Menschen das Leben verschlechtern. Komplette Freizeitangebote für Senioren müssten wegfallen, die Angebote von Sportvereinen würden reduziert, die Qualität des Offenen Ganztages in der Schule litte, von Migranten organisierte Kulturzentren müssten reihenweise schließen, Gesundheitsdienste würden zurückgefahren mit Folgen für Prävention und Versorgung.

In vielen Fällen handelt es sich nur um kleine Summen, die für die Freien Träger aber unbedingt notwendig sind, um diese Angebote aufrecht zu erhalten.

„Intelligentes Sparen“ wie es die Stadtspitze für sich in Anspruch nimmt, ist nicht zu erkennen. Weder werden Folgekosten in Betracht gezogen, die aus einem Zurückfahren von präventiven Maßnahmen entstehen, noch werden Konsequenzen gezogen aus dem erkannten Problem, dass mit der Streichung städtischer Förderung den Freien Trägern das Vielfache an Drittmitteln wegfällt, da deren Einwerbung von der städtischen Vorleistung abhängt.

## **Kürzungen im Sozialbereich können vermieden werden**

Die Kürzungen in den Bereichen Soziales, Senioren, Bildung, Jugend und Sport sind nicht notwendig. Der Beitrag, den diese Bereiche zur Entlastung des städtischen Haushaltes erbringen können, ist gering und kann sinnvoller auf anderem Wege erzielt werden:

DIE LINKE schlägt drei zentrale Punkte vor: Die Reduzierung teurer externer Beauftragungen durch den Einsatz eigenen Personals, die Einstellung städtischer Betriebsprüfer und die Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 Hebepunkte. (Die Maßnahmen werden im Detail weiter unten erläutert.)

Stadtführung und Ratsmehrheit stehen vor der Entscheidung: Sie können die Alternative, die ihnen DIE LINKE ausgearbeitet hat, annehmen oder sie können die Kürzungen beschließen und umsetzen – mit all den Folgen, die das für das Leben der Menschen in Köln haben wird.

Einzelne Maßnahmen zur Erhöhung der städtischen Einnahmen, bei der Rücknahme von Kürzungen und der eigenen Schwerpunktsetzung erläutern wir im Folgenden:

### **Übergreifende Maßnahmen:**

#### **Reduzierung der externen Beauftragungen**

Durch Einschnitte beim Fachpersonal in den Kürzungshaushalten der letzten Jahre ist die Stadt auf den Einsatz externer Fachleute, zum Beispiel bei der Begutachtung von Brücken angewiesen. Externe Beauftragungen sind für die Stadt aber deutlich teurer als eigenes Personal, die Verwaltung schätzt die Kosten beim Einsatz eigenen Personals je nach Einsatzbereich auf 30 bis 70 Prozent der Kosten für externe Beauftragungen.

DIE LINKE möchte externe Beauftragungen deutlich reduzieren. Um dies zu erreichen muss Fachpersonal eingestellt, bzw. städtisches Personal fortgebildet werden.

### **16 Allgemeine Finanzwirtschaft:**

#### **Verdopplung der Zahl der städtischen Betriebsprüfer von sechs auf zwölf**

Die Finanzämter sind nicht mit ausreichend Personal ausgestattet, um Steuerprüfungen bei Großunternehmen in ausreichendem Maße durchzuführen. Die Finanzämter liegen zwar in Landeshoheit, die Stadt hat aber die Möglichkeit, Betriebsprüfer einzustellen, die mit den Finanzämtern zusammenarbeiten. Köln macht hiervon bereits mit sechs Betriebsprüfern Gebrauch.

Jeder städtische Betriebsprüfer erzielt nach Auskunft der Stadtverwaltung Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von etwa einer Million Euro.

DIE LINKE schlägt vor, die Zahl der städtischen Betriebsprüfer zu verdoppeln. Die Höhe der zusätzlichen Mehreinnahmen pro Prüfer setzen wir vorsichtig mit 0,8 Million an.

### **16 Allgemeine Finanzwirtschaft:**

#### **Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 Hebepunkte**

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Stadt. Eine moderate Anhebung um 15 auf 490 Hebepunkte ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung des Kölner Haushaltes.

Eine negative Auswirkung auf den Gewerbestandort Köln ist nicht zu erwarten, zum einen da die Höhe des Hebesatzes nur einer unter vielen Faktoren für eine Standortentscheidung ist, zum anderen, da Köln sich mit einer Erhöhung im allgemeinen Trend in NRW bewegt. So hat Bonn im Dezember 2012 den Hebesatz ebenfalls auf 490 Punkte angehoben.

## **0416 Kulturförderung**

DIE LINKE wendet sich gegen die Streichung des **KölnTages**. Der KölnTag ist eine Maßnahme, die bei vielen Menschen das Interesse an den Kölner Kultureinrichtungen geweckt hat und ihnen diese näher gebracht hat.

DIE LINKE wendet sich gegen die Streichung der **Referentenstelle für Interkulturelle Projekte**. Zwar teilt die Fraktion die Ansicht der Verwaltung, dass Interkultur als Querschnittsaufgabe verstanden werden sollte. Um diese Querschnittsaufgabe zu erfüllen, muss allerdings die notwendige interkulturelle Fachkompetenz vorhanden sein, an der es nach eigener Einschätzung der Verwaltung derzeit fehlt.

Der Entwurf der Verwaltung zum Haushaltsplan sieht vor, „**Tandemprojekte**“ von **Schulen/OGTS-Trägern und kultur- und medienpädagogischen Facheinrichtungen** zu streichen. DIE LINKE wendet sich dagegen, dieses Modellprojekt aus nicht sachbezogenen sondern finanziellen Gründen einzustellen.

Die **freie Kulturszene** in Köln ist derzeit erheblich unterfinanziert. Aus diesem Grund sieht der Vorschlag der LINKEN zum Haushaltsplan im ersten Schritt eine Steigerung der Förderung von 10 % vor.

## **0501 Leistungen nach dem SGB XII**

### **0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen**

DIE LINKE wendet sich gegen die Kürzungen bei Hilfen für **Senioren** und Streichungen bei den **Seniorennetzwerken**. Wer von Nachhaltigkeit und Wirkungsorientierung spricht, darf der älteren Generation nicht die Möglichkeiten nehmen oder einschränken weiterhin Teil der Gesellschaft zu sein. Durch nachgewiesene wachsende Altersarmut wird hier der Bedarf zukünftig eher steigen.

## **0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen**

### **0603 Kindertagesbetreuung**

### **0604 Kinder- und Jugendarbeit**

### **0606 Hilfen für Junge Menschen und ihre Familien**

### **0701 Gesundheitsdienste**

### **0801 Sportförderung/Erhalt von Sportstätten**

### **1003 Wohnraumförderung, Wohnungserhaltung und -pflege, Hilfen für Wohnungssuchende**

### **1004 Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum**

### **1005 Vermeidung von Obdachlosigkeit**

Bereits seit 2009 erhalten die Freien Träger, die in diesen Bereichen tätig sind, von der Stadt keinen Ausgleich für Tarifsteigerungen. Ihre Finanzierung wird daher ohnehin mit jedem Jahr prekärer.

Die Kürzungswellen der vergangenen Haushalte und des anstehenden Doppelhaushaltes verstärken diese Probleme zusätzlich.

DIE LINKE schlägt vor, alle Kürzungen für Freie Träger, die seit 2009 in Kraft getreten sind, zurückzunehmen. Das schließt die Pauschalkürzungen aus dem Doppelhaushalt 2010/11 und die geplanten Kürzungen zum Doppelhaushalt 2013/14 ein.

Nur durch die Rücknahme der Kürzungen und im nächsten Schritt mit einer Angleichung der Zuschüsse der Freien Träger an die tariflichen Steigerungen wird es möglich sein, den früheren Standard an Leistungen in den genannten Bereichen wieder herzustellen und Strukturen wieder aufzubauen, die durch Haushaltsbeschlüsse des Rates beschädigt worden sind.

## **0504 und 0604 Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege**

Die **Wohlfahrtsverbände** sind wichtige soziale Akteure in der Stadtgesellschaft. Ihre Rolle ist gesetzlich festgelegt. Die Globalmittel versetzen sie in die Lage, ihren Aufgaben neben der Erbringung von Dienstleistungen, für die sie beauftragt werden, zu erfüllen. Das sind z.B. die Weiterbildung und Qualifizierung ihres Personals, die Entwicklung von neuen Projekten und Konzepten oder die Werbung und Betreuung der für sie ehrenamtlich Tätigen.

### **0504 Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen**

Die Verwaltung legt in ihrer Beschreibung der Streichung der freiwilligen Mittel für **Interkulturelle Zentren** die zu erwartenden Folgen selbst dar: „*Die Kürzung gefährdet die vernetzte und sozialräumlich gut verankerte Arbeit insgesamt.*“

Die bisherige städtische Förderung von 409.000 Euro ist für diese Zentren auch als Eigenanteil notwendig, um Drittmittel einwerben zu können. Laut Auskunft der Verwaltung wurden so mit der städtischen Förderung von 409.000 Euro Drittmittel von etwa 2 Mio. Euro eingeworben.

### **0603 Kindertagesbetreuung**

Für das Kindergartenjahr 2013/14 sind 833 neue **U3-Plätze** geplant. Das entspricht einem Deckungsgrad von 40,7 %. DIE LINKE hat 3 Mio. Euro für zusätzliche 500 Plätze eingeplant. Das ist ein machbarer Wert angesichts von Ausbauten von fast 1900 Plätzen im letzten Jahr. Damit wäre im August 2014 für 42,35 % aller Unter-Dreijährigen ein Platz vorhanden.

Andere Großstädte kalkulieren einen Bedarf von 60%, die Kölner Dezernentin Dr. Klein hatte in einem KStA-Interview einmal den Wert 50 % ins Spiel gebracht.

### **0606 Hilfen für Junge Menschen und ihre Familien**

Das wissenschaftlich geprüfte und preisgekrönte Projekt Sozialraum hat sich etabliert und wirkt sich positiv auf die Menschen in unserer Stadt aus.

Eine Streichung der **Sozialraumkoordinatoren**-Stellen führt nicht nur zu einer Schwächung, sondern zur nachhaltigen Zerstörung der aufgebauten Netzwerke. Sozialpolitik ist explizite Fach-, aber insbesondere Querschnittspolitik, um die Lebenswelten breiter Bevölkerungsschichten im Blick zu haben. Diese Aufgabe erfüllen die Sozialraumkoordinatoren aus den verschiedenen Bereichen optimal. Sie verfügen über Qualifizierungen, Fachkompetenzen und eine Unabhängigkeit, die naturgemäß bei Verwaltungsfachkräften nicht gegeben ist.

### **0701 Gesundheitsdienste**

Alle Einsparungen im Bereich **Gesundheitsdienste** sind bestandsgefährdend für die einzelnen Initiativen und Vereine oder zumindest einen Teil ihrer Arbeit. Es ist mit massiven gesamtgesellschaftlichen Folgekosten zu rechnen, wenn hier gespart wird.

## **0801 Sportförderung/Erhalt von Sportstätten**

Das Programm **Mitternachtssport** ist ein wichtiges Programm gerade in Stadtteilen, in denen es kein Jugendzentrum gibt. Die Mittelzuweisung finanziert drei statt zwei Angebote pro Stadtbezirk.